

Niederschrift
4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.07.2006
Sitzungsbeginn:	19:32 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

**tatsächlich anwesend: 36 (18 CDU, 12 SPD,
2 REP, 2 AGS, 2 BB-FDP)**

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stadtverordnete/r:

Herr Hans-Jürgen Back

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Behler

Herr Otmar Bonacker

Herr Frank Drescher

Herr Joachim Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr August Görge

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Werner Hesse

Herr Frank Hille

Frau Annemarie Hühn

Herr Tobias Karlein

Herr Reinhard Kauk

Herr Winand Koch

Herr Jörg Linker

Herr Dr. Branco Marcovici

Frau Maria März

Herr Jochen Metz

Herr Werner Metzger

Frau Carla Mönninger-Botthof

Frau Handan Özgüven

Frau Ulrike Quirnbach

Frau Susanne Reitmeier

Herr Stefan Rhein

Herr Nils Runge

Herr Klaus Ryborsch

Herr Wolfgang Salzer

Frau Iona Schaub

Frau Rabea Schuchardt
Herr Christian Somogyi
Herr Manfred Thierau
Herr Norbert Thierau
Herr Bernd Waldheim
Herr Bernd Zink

Magistrat:

Herr Manfred Vollmer
Herr Heinrich Reinhardt
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Gerhard Kroll
Herr Hans-Dieter Langner
Frau Ursula Rogg

Ortsvorsteher:

Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz

Entschuldigt fehlen:

Herr Stadtverordneter Gerhard Jarosch
Herr Stadtrat Peter Mehlinger
Herr Ortsvorsteher Adolf Fleischhauer
Herr Mehmet Ceylan, Vorsitzender Ausländerbeirat

Schriftführer:

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Fragestunde
- 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 18.06.2006 (eingegangen am 20.06.2006), betr. 30-Zone im Wohngebiet Kronäcker
Vorlage: CDU/2006/0002
- 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Werner Hesse vom 03.07.2006 (eingegangen am 04.07.2006), betr. Abstimmung der Planungsabsichten der Herrenwald WohnBau mit dem Magistrat der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: SPD/2006/0009
- 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Christian Somogyi vom 05.07.2006 (eingegangen am 05.07.2006), betr. Teichanlage zwischen Iglauer Weg und Gerhart-Hauptmann-Straße
Vorlage: SPD/2006/0010

- 3** 61. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Neuer Unterhof" im Stadtteil Schweinsberg
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken und Anregungen
b) Beschlussfassung
Vorlage: FB4/2006/0058
- 4** Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Neuer Unterhof" im Stadtteil Schweinsberg;
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken und Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: FB4/2006/0057
- 5** Städtebauförderprogramm: Die Soziale Stadt
hier: Beschluss zur Erweiterung des Projektgebiets
Vorlage: FB4/2006/0056
- 6** Baustandssicherung Gebäude Hinterecksweg 2, 35260 Stadtallendorf
Vorlage: DuI/2006/0034
- 7** Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2005 nach § 27 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz für den Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: DuI/2006/0017
- 8** Wahl von Ortsgerichtsmitgliedern für die Ortsgerichtsbezirke Stadtallendorf I, II und III und Wahl von Schiedspersonen für den Schiedsamsbezirk Stadtallendorf III
Vorlage: FB3/2006/0007
- 9** Aufnahme von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf in den Kinderhort Iglauer Weg
Vorlage: FB3/2006/0008
- 10** Weiterentwicklung der Stadtmitte
hier: Realisierung des Investorenkonzepts der IPC Vermögensanlagen GmbH, Köln/Eschwege
Vorlage: FB4/2006/0055
- 11** 63. Änderung des Flächennutzungsplans ("Ergänzungsbereich Hauptzentrum") in der Kernstadt
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB
Vorlage: FB4/2006/0054
- 12** Bebauungsplan Nr. 89 "Ergänzungsbereich Hauptzentrum" in der Kernstadt;
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (FNP-Änderung)
Vorlage: FB4/2006/0053
- 13** Gedenkstunde anlässlich der Deutschen Einheit am 03. Oktober
Vorlage: FB1/2006/0051

- 14** Finanzielle Mittel aus dem hessischen Lotto-Toto-Fond; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 19.06.2006 (eingegangen am 20.06.2006)
Vorlage: CDU/2006/0001
- 15** Sonnenkraftwerk für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 26.06.2006 (eingegangen am 27.06.2006)
Vorlage: SPD/2006/0008
- 16** Private und städtische Gewerbeflächen in Stadtallendorf; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion BB-FDP vom 27.06.2006 (eingegangen am 27.06.2006)
Vorlage: BBF/2006/0001
- 17** Kenntnisnahmen
- 17.1** Beteiligungsbericht 2006
Vorlage: FB1/2006/0049
- 17.2** Bildung einer jahrgangsübergreifenden Grundschulklasse in Nieder Klein ab dem Schuljahr 2006/2007
1. Protest des Schullehrerbeirates der Grundschule Nieder Klein vom 16.05.2006
2. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf vom 08.06.2006
3. Schreiben des Staatlichen Schulamtes vom 29.06.2006 (eingegangen am 03.07.2006)
Vorlage: FB1/2006/0059
- 17.3** Sicherheitsprüfung der Bärenbach-Halle und der Mehrzweckhalle durch das Ingenieurbüro Nolte; hier: B
Vorlage: DuI/2006/0038
- 18** Mitteilungen
- 19** Verschiedenes
- 20** Niederschlagung von Forderungen (nicht öffentlicher TOP)
Vorlage: FB1/2006/0048

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Sein besonderer Gruß gilt den Mitgliedern des Magistrats, an der Spitze Herr Bürgermeister Vollmer. Er begrüßt weiterhin die anwesenden Ortsvorsteher, die Vertreter der Verwaltung, die Presse sowie die Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Er stellt ferner fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

Er weist darauf hin, dass er von der Verwaltung gebeten worden sei 2 Tischvorlagen (Kenntnisnahmen) auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Er lässt darüber abstimmen:

Die Vorlage Bildung einer jahrgangsübergreifenden Grundschulklasse in Nieder Klein ab dem Schuljahr 2006/2007 wird als Tagesordnungspunkt 17.2 und die Vorlage Sicherheitsprüfung der Bärenbachhalle und der Mehrzweckhalle durch das Ing.-Büro Nolte; hier: Bericht wird als Tagesordnungspunkt 17.3 auf die Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang gratuliert an dieser Stelle seinem Stellvertreter, Herrn Wolfgang Salzer, zu seinem heutigen Geburtstag.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

TOP 2 Fragestunde

Frage aus aktuellem Anlass betr. Pressemitteilung der Siegener Zeitung vom 03.07.2006 („Investor Uwe Jantz hat **Olper Mitte** verkauft“).

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage. Eine ausführliche Beantwortung wird den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zugesandt werden.

Es wird nun die Beantwortung von 3 eingegangenen Anfragen gem. § 23 a der GO.

TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 18.06.2006 (eingegangen am 20.06.2006), betr. 30-Zone im Wohngebiet Kronäcker Vorlage: CDU/2006/0002

Die Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet; eine Zusatzfrage des Herrn Stadtverordneten Hille wird ebenfalls von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet.

TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Werner Hesse vom 03.07.2006 (eingegangen am 04.07.2006), betr. Abstimmung der Planungsabsichten der Herrenwald WohnBau mit dem Magistrat der Stadt Stadtallendorf Vorlage: SPD/2006/0009

Die Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet; eine Zusatzfrage des Herrn Stadtverordneten Hesse wird ebenfalls von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet.

**TOP 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Christian Somogyi vom 05.07.2006 (eingegangen am 05.07.2006), betr. Teichanlage zwischen Iglauer Weg und Gerhart-Hauptmann-Straße
Vorlage: SPD/2006/0010**

Die Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet. Zusatzfragen ergeben sich nicht.

Die Tagesordnungspunkte 3 – 9 erfolgen ohne Aussprache.

**TOP 3 61. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Neuer Unterhof" im Stadtteil Schweinsberg
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken und Anregungen
b) Beschlussfassung
Vorlage: FB4/2006/0058**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die eingegangenen Anregungen und Hinweise im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 61. Änderung des Flächennutzungsplans.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 61. Änderung des Flächennutzungsplans nebst Begründung und Umweltberichts.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Neuer Unterhof" im Stadtteil Schweinsberg;
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken und Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: FB4/2006/0057**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die während des Verfahrens eingegangenen Anregungen und

Hinweise. Sämtliche eingegangenen Stellungnahmen werden abgewogen.
Darüber hinaus sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Neuer Unterhof“ im Stadtteil Schweinsberg in der Fassung von Juni 2006 als Satzung. Die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan inkl. Umweltbericht wird gebilligt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf der Grundlage der Ermächtigung des § 9 Abs. 4 BauGB aufgenommenen Gestaltungsfestsetzungen gemäß § 81 Hessische Bauordnung als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 5 Städtebauförderprogramm: Die Soziale Stadt
hier: Beschluss zur Erweiterung des Projektgebiets
Vorlage: FB4/2006/0056**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Projektgebiet für das Projekt Soziale Stadt Stadtallendorf wird erweitert. In das Projektgebiet wird:

- a) das Jugendzentrum am Röntgenweg mit zugehörigen Freiflächen,
- b) der Heinz-Lang-Park inkl. Stellplatzanlage und Freiflächen an der Herrenwaldstraße,

räumlich einbezogen. Das neu festgelegte Projektgebiet ist in der Plananlage (Anlage 1) dargestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 6 Baustandssicherung Gebäude Hinterecksweg 2, 35260 Stadtallendorf
Vorlage: DuI/2006/0034**

Beschluss:

Für den Anbau am Gebäude Hinterecksweg 2, 35260 Stadtallendorf, ist ein Antrag auf Abriss zu stellen. Nach erteilter Genehmigung ist mit dem Abriss zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2005 nach § 27 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz für den Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien" Vorlage: DuI/2006/0017

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
11.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt die Firma

Schüllermann & Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft
Hauptstr. 38a
63303 Dreieich

als Prüfer für den Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8 Wahl von Ortsgerichtsmitgliedern für die Ortsgerichtsbezirke Stadtallendorf I, II und III und Wahl von Schiedspersonen für den Schiedsamtbezirk Stadtallendorf III Vorlage: FB3/2006/0007

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales, 06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 7 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes nachfolgende Personen zu Ortsgerichtsmitgliedern und schlägt diese dem Direktor des Amtsgerichtes Kirchhain zur Ernennung vor:
 - 1.1 Für das Ortsgericht Stadtallendorf I (Kernstadt)
 - Herrn Karl Rößler, wh. Peter-Rosegger-Str. 5, Stadtallendorf, geb. am: 28.09.1930, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)
 - Herrn Willy Zimmer, wh. Brückackerweg 4, Stadtallendorf, geb. am: 27.01.1938, zum Ortsgerichtsschöffen (Neuwahl)
 - Herrn Gerhard Feldpausch, wh. Hauptstr. 73, Stadtallendorf, geb. am: 23.05.1934, zum Ortsgerichtsschöffen (Neuwahl)
 - 1.2 Für das Ortsgericht Stadtallendorf II (Niederklein, Schweinsberg)
 - Herrn Hermann Göрге, wh. Am Obertor 6, Niederklein, geb. am: 27.04.1927, zum Ortsgerichtsschöffen und Ortsgerichtsvorsteher (Wiederwahl)

- Herrn Wilhelm Brand, wh. Auf dem Kies 3, Niederklein, geb. am: 06.10.1937, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)
- Herrn Heinrich Braun, wh. Zur Kirche 6, Niederklein, geb. am: 09.12.1937, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)
- Herrn Adolf Fleischhauer, wh. Neustadt 7, Schweinsberg, geb. am: 03.07.1947, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)

1.3 Für das Ortsgericht Stadtallendorf III (Erksdorf, Hatzbach, Wolferode)

- Herrn Peter Zentgraf, wh. Wildbachstr. 32, Hatzbach, geb. am: 12.07.1938, zum Ortsgerichtsschöffen und Ortsgerichtsvorsteher (Wiederwahl)
- Herrn Herbert Balzer, wh. Langensteiner Str. 25, Erksdorf, geb. am: 07.05.1945, zum Ortsgerichtsschöffen und stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher (Wiederwahl)
- Herrn Karl Dönges, wh. Zum Eichwald 1, Wolferode, geb. am: 21.09.1927, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)
- Herrn Heinrich Feußner, wh. Torstr. 22, Erksdorf, geb. am: 07.01.1941, zum Ortsgerichtsschöffen (Wiederwahl)
- Herrn Horst Müller, wh. Rasenweg 10, Wolferode, geb. am: 01.06.1957, zum Ortsgerichtsschöffen (Neuwahl)

2. Die Stadtverordnetenversammlung wählt gem. § 5 der Ausführungsverordnung zum Hessischen Schiedsamtsgesetz für den Schiedsamtbezirk Stadtallendorf III (Erksdorf, Hatzbach, Wolferode)

- Herrn Herbert Balzer, wh. Langensteiner Str. 25, Erksdorf, geb. am: 07.05.1945, zum Schiedsmann (Neuwahl)
- Herrn Horst Müller, wh. Rasenweg 10, Wolferode, geb. am: 01.06.1957, zum stellvertretenden Schiedsmann (Wiederwahl)

und schlägt sie dem Direktor des Amtsgerichtes Kirchhain zur Ernennung vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 9 Aufnahme von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf in den Kinderhort Iglauer Weg
Vorlage: FB3/2006/0008**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales, 06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgenden I. Nachtrag zum Vertrag mit der Evangelischen Kirchengemeinde Stadtallendorf über den Betrieb des Kinderhortes Iglauer Weg:

§ 1

Aufnahme von Kindern mit erhöhtem Betreuungsaufwand

Die Stadt gestattet es der Evangelischen Kirchengemeinde Stadtallendorf, als Trägerin der Einrichtung, Kinder mit einem erhöhten Betreuungsbedarf unter den nachfolgenden Rahmenbedingungen in den Kinderhort Iglauer Weg aufzunehmen:

1. Mindestens 50 % der Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf müssen in Stadtallendorf wohnen.
2. Für die Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf nimmt die Evangelische Kirchengemeinde Stadtallendorf eine separate Abrechnung mit dem Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf vor und fügt sie der der Stadt vorzulegenden Jahresabrechnung als Anlage zur Prüfung bei.
- 3.1 Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf hat Kosten, die ausschließlich durch die Betreuung der Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand – wie z. B. einen erhöhten Personalbedarf – zu 100 % zu tragen. Andere Kosten, sofern sie nicht zu 100 % den Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf zuzuordnen sind, verteilen sich zwischen Stadt und Kreis wie folgt:
 - 3.2 Personalnebenkosten – wie z. B. Beiträge zur Berufsgenossenschaft, Kosten für Vertretungen, Kosten der Aus- und Weiterbildung, usw. – in dem Stundenverhältnis des derzeitigen Personalbestandes zum zusätzlichen Personalbedarf für Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf.
 - 3.3 Kosten für Gebäude und Inventar, sowie Sachaufwendungen und Geschäftsaufwand verteilen sich im Verhältnis der derzeitigen durchschnittlichen Platzbelegung von 65 Kindern zu der Zahl der Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf.
 - 3.4 Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf übernimmt zu 100 % die Betreuungsgebühren für die Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand.

Bei der Aufnahme von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf ist die Platzzahl gegenüber der Betriebserlaubnis, die im Moment 75 Belegungen gestattet zu reduzieren. Für diese Platzreduzierung übernimmt der Kreisausschuss den entsprechenden Einnahmeverlust bei den Betreuungsgebühren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 10 Weiterentwicklung der Stadtmitte
hier: Realisierung des Investorenkonzepts der IPC Vermögensanlagen
GmbH, Köln/Eschwege
Vorlage: FB4/2006/0055**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang berichtet aus dem Ältestenrat. Der Ältestenrat hat sich einmütig dafür ausgesprochen über diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, Herr Stadtverordneter Bonacker (CDU), berichtet aus der Ausschusssitzung vom 06.07.2006. Er teilt mit, dass die Vorlage in der heutigen Sitzung nur zur Kenntnis genommen wird. Darüber hinaus sei eine Informationsveranstaltung mit Vertretern von der Landesplanung, des Gutachters GMA, Köln, einen Vertreter der Ärzteschaft sowie einen Vertreter des Einzelhandelsverbandes in der 34. KW geplant.

Herr Bürgermeister Vollmer konkretisiert den geplanten Termin. Er teilt mit, dass die Informationsveranstaltung am Donnerstag, den 24. August 2006, um 18.00 Uhr, stattfinden solle.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Investor IPC Vermögensanlagen GmbH, Köln/Eschwege, hat im Rahmen der Investorenbeteiligung die städtebaulich, gestalterisch, funktional und versorgungsstrukturell beste Konzeption erarbeitet.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung des vorliegenden Investorenkonzepts einzuleiten und die Umsetzung im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags (Verpflichtungsvertrag) abzusichern.
3. Nach Abschluss des Verpflichtungsvertrags verkauft die Stadt Stadtallendorf, die für die Realisierung der Investorenkonzepts erforderlichen Teilflächen an die IPC Vermögensanlagen GmbH, Köln/Eschwege. Die Ermittlung des Kaufpreises erfolgt durch ein Wertgutachten des Gutachterausschusses des Amtes für Bodenmanagement, Marburg. Hierzu ergeht ein gesonderter Beschluss.
4. Der Investor verpflichtet sich zur Finanzierung folgender Maßnahmen:
 - Aufwertung der Bahnunterführung gemäß vorgelegter Konzeption
 - Erarbeitung der erforderlichen Bauleitplanung
 - Erstellung der Stellplätze und Grünanlagen
 - Anpassung der erforderlichen Verkehrsinfrastruktur.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 11 63. Änderung des Flächennutzungsplans ("Ergänzungsbereich Hauptzentrum") in der Kernstadt
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB
Vorlage: FB4/2006/0054

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Es erfolgt Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12, die in sachlichem Zusammenhang stehen.

Zur Sache spricht Herr Stadtverordneter Hesse (SPD). Er weist darauf hin, dass eine Entscheidung zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12 noch keine Festlegung in der Sache bedeute, welche Bebauung letztendlich auf dem Gelände des Busbahnhofs erfolgen solle. Eine Entscheidung zu den Punkten 11 und 12 diene lediglich der Vorbereitung.

Herr Bürgermeister Vollmer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch dann Planungskosten entstünden, selbst wenn keine Bebauung erfolge.

Zur Sache spricht Herr Stadtverordneter Koch (BB-FDP) und signalisiert Zustimmung zu den Ausführungen von Herrn Stadtverordneten Hesse (SPD). Auf die Frage des Herrn Stadtverordneten Koch (BB-FDP), wie die Bauleitplanung erfolgen solle, ob bereits Verträge abgeschlossen seien bzw. abgeschlossen werden sollen, erklärt Herr Bürgermeister Vollmer, dass bislang noch keine Verträge abgeschlossen worden seien. Erst nach der Entscheidung der städtischen Gremien in dieser Angelegenheit würden dann die entsprechenden Verträge abgeschlossen werden.

Herr Stadtverordneter Manfred Thierau (REP) geht inhaltlich auf die Frage aus aktuellem Anlass, die von Herrn Stadtverordneten Koch (BB-FDP) zu Beginn der Sitzung gestellt wurde, näher ein. Er betont, dass man den Investor hinsichtlich der Vertragslaufzeit „knebeln“ müsse.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 (1) BauGB in Verbindung mit § 1 (8) BauGB die Aufstellung der 63. Änderung des Flächennutzungsplans („Ergänzungsbereich Hauptzentrum“) in der Kernstadt.
2. Der Geltungsbereich der 63. Änderung des Flächennutzungsplans ist in der Anlage ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 12 Bebauungsplan Nr. 89 "Ergänzungsbereich Hauptzentrum" in der Kernstadt;
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (FNP-Änderung)
Vorlage: FB4/2006/0053**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
06.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 89 „Ergänzungsbereich Hauptzentrum“ in der Kernstadt.
2. Der Geltungsbereich ist in der Anlage ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 13 Gedenkstunde anlässlich der Deutschen Einheit am 03. Oktober
Vorlage: FB1/2006/0051**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
11.07.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den mit Beschluss vom 18.09.1997 festgelegten Rhythmus, ab 03.10.2000 alle 5 Jahre eine Gedenkstunde zu veranstalten, beizubehalten.

Die nächste Gedenkstunde findet am 03.10.2010 statt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 14 Finanzielle Mittel aus dem hessischen Lotto-Toto-Fond; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 19.06.2006 (eingegangen am 20.06.2006)
Vorlage: CDU/2006/0001**

Herr Stadtverordneter Ryborsch (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion und verweist auf die beigelegten Anlage in seinem Antrag hin.

Zur Sache spricht weiter Frau Stadtverordnete Reitmeier (SPD) und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt sich um finanzielle Mittel aus dem hessischen Lotto-Toto-Fond zu bemühen.

Die Mittel sollen für Vereine bestimmt sein, die durch ihre aktive Jugendarbeit, beziehungsweise durch ihre Auftritte in der Öffentlichkeit, besonders aufgefallen sind. Über die Vergabe der Mittel bestimmt der Magistrat im Einvernehmen mit dem Fachausschuss 2.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 15 Sonnenkraftwerk für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 26.06.2006 (eingegangen am 27.06.2006)
Vorlage: SPD/2006/0008**

Herr Stadtverordneter Hesse (SPD) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er betont, dass man für dieses Vorhaben einen Investor finden müsse. Er geht auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein und erklärt, dass man diesem zustimmen könne, wenn in Punkt 1 des Änderungsantrages der Passus „... oder erstellen zu lassen ...“ eingefügt werde.

Zur Sache spricht Stadtverordneter Metz (CDU) und erklärt, dass man mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden sei.

Somit ergibt sich folgender gemeinsamer Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Nutzung alternativer und regenerativer Energien zur Deckung des Energiebedarfs der städtischen Einrichtungen und/oder Einspeisung in das Stromnetz zu erstellen oder erstellen zu lassen. Dazu gehört auch die Planung und Errichtung eines Sonnenkraftwerkes.
2. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgezogen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, in der Frage der Schaffung eines Sonnenkraftwerkes in Stadtallendorf aktiv zu werden. Dazu sollen sowohl geeignete städtische Dachflächen gesucht und bereitgestellt werden, als auch die Realisierung eines Photovoltaik-Kraftwerkes aktiv unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

**TOP 16 Private und städtische Gewerbeflächen in Stadtallendorf; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion BB-FDP vom 27.06.2006 (eingegangen am 27.06.2006)
Vorlage: BBF/2006/0001**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 04.07.2006 durch den Magistrat beantwortet. Zusatzfragen ergeben sich nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17 Kenntnisnahmen

**TOP 17.1 Beteiligungsbericht 2006
Vorlage: FB1/2006/0049**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
11.07.2006

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

1. Nach § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2005, dürfen Kommunen sich wirtschaftlich betätigen, wenn
 - 1.1 der öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung der Kommune rechtfertigt,
 - 1.2 die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf besteht und
 - 1.3 der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit die Kommune wirtschaftliche Tätigkeiten vor dem 01.04.2004 ausgeübt hat, sind diese ohne die in Nr. 1.3 genannten Einschränkungen zulässig.

Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Stadtallendorf Teile ihrer Aufgaben durch öffentlich-rechtliche Beteiligungen bzw. privatrechtliche Beteiligungen erledigt, hat die Verwaltung den als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht für das Jahr 2006 erstellt.

Der nunmehr 3. Beteiligungsbericht basiert auf den Beteiligungsberichten der Vorjahre und beinhaltet eine Fortschreibung ausgewählter Daten laut jeweiligem Geschäfts- bzw. Prüfbericht in der letzten hier vorliegenden Form.

2. Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2006 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17.2 Bildung einer jahrgangsübergreifenden Grundschulklasse in Niederklein ab dem Schuljahr 2006/2007

- 1. Protest des Schulelternbeirates der Grundschule Niederklein vom 16.05.2006**
- 2. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf vom 08.06.2006**
- 3. Schreiben des Staatlichen Schulamtes vom 29.06.2006 (eingegangen am 03.07.2006)**

Vorlage: FB1/2006/0059

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben des Staatlichen Schulamtes vom 29.06.2006, hier eingegangen am 03.07.2006, zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17.3 Sicherheitsprüfung der Bärenbach-Halle und der Mehrzweckhalle durch das Ingenieurbüro Nolte; hier: B

Vorlage: DuI/2006/0038

Kenntnisnahme:

Das Ingenieurbüro Nolte hat auftragsgemäß die stichpunktartige Prüfung des Dachtragwerks der Bärenbach-Halle und der Mehrzweckhalle vorgenommen. Das Ergebnis liegt zwischenzeitlich vor.

Bärenbach-Halle:

Zusammenfassung:

Das Ingenieurbüro hat festgestellt, dass eine Vielzahl von Abweichungen gegenüber der statischen Berechnung vorliegen. Die Lastannahmen stimmen nicht mit der Realität überein. Gravierend sind die Abweichungen durch die Kiesschüttung im Bereich der Umkleideräume und des Foyers. Die Abweichungen führen zu Mehrbelastungen, für die kein statischer Nachweis vorliegt oder zu einer Minderung der Tragfähigkeit in bestimmten Bereichen.

Weiterhin wurden bei der stichprobenartigen Überprüfung der Fassadenplatten/Attikaplatten Mängel an deren Befestigungen festgestellt.

Rostschutzmaßnahmen an den tragenden Bauteilen sind in nächster Zeit ebenfalls erforderlich.

Maßnahmenkatalog:

1. **Sofortmaßnahmen**
Der Kies auf dem Dach des Foyers wurde zwischenzeitlich von einer Dachdeckerfirma vollständig entfernt.
Der Kies vom Dach der Flur und Umkleideräume wurde zu 80% entfernt, bis zum 15.07.2006 wird auch der Rest entfernt.

Notabläufe für den Abfluss des Regenwassers wurden für alle Dachbereiche in Auftrag gegeben und sollen bis zum 15.07.2006 hergestellt werden.

2. Das Ingenieurbüro Nolte erhält den Auftrag zur statischen Nachberechnung für die Bärenbach-Halle.
3. Gleichzeitig ergeht ein Untersuchungsauftrag für die Fassadenplattenbefestigung/Attikaplattenbefestigung.
4. Nach Vorliegen der Ergebnisse wird ein Sanierungskonzept erarbeitet und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.
5. In der Bärenbach-Halle findet Schul- und Vereinssport statt. Die Verwaltung wird unverzüglich den Schulträger, die Schulleitungen und die Vereine von der Sachlage unterrichten.

Herr Dipl.-Ing. Nolte hat erklärt, dass bei normaler Witterungslage während der Sommer- und Herbstmonate und dem Ergreifen von Sofortmaßnahmen die Sporthalle für den Sport genutzt werden kann.

Dennoch behält sich die Verwaltung vor, bei Anzeichen von Gefahrenmomenten kurzfristig die Schließung der Bärenbach-Halle zu verfügen.

Mehrzweckhalle:

Zusammenfassung:

Das Ingenieurbüro hat an der Tragwerksplanung der Mehrzweckhalle keine Mängel festgestellt. Lediglich kleinere Maßnahmen sind im Rahmen der Bauunterhaltung durchzuführen.

Die Deckenverkleidung wurde entsprechend der damaligen Ausführungsweise an Latten angenagelt. Bisher haben sich keine Veränderungen oder Verwerfungen gezeigt.

Der Hausmeister ist angewiesen, regelmäßig die Deckenverkleidung in Augenschein zu nehmen und Veränderungen sofort anzuzeigen.

Anmerkung:

Neben der Prüfung durch das Ingenieurbüro Nolte fand in beiden Einrichtungen die gesetzlich vorgeschriebene wiederkehrende Prüfung der elektrischen Anlagen durch den TÜV statt. In beiden Einrichtungen liegen Mängel an diesen Anlagen vor.

Die Mängel der Bärenbach-Halle werden in das Sanierungskonzept einbezogen.

Im Rahmen der wiederkehrenden Gefahrenverhütungsschau wurde festgestellt, dass für die Mehrzweckhalle ein neuer Brandschutzanstrich erforderlich ist.

Beratungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 18 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 19 Verschiedenes

Herr Bürgermeister Vollmer bittet die stellvertretenden Kommissionsmitglieder der Eigenbetriebe im Anschluss an diese Sitzung zu bleiben, um die Ernennungen vornehmen zu können.

TOP 20 Niederschlagung von Forderungen (nicht öffentlicher TOP) Vorlage: FB1/2006/0048

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
11.07.2006

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist darauf hin, dass für die Stadtverordneten die Möglichkeit bestehe, die Anlage beim Schriftführer einzusehen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang bedankt sich bei den Mitgliedern der städtischen Gremien für die geleistete Arbeit.

Abschließend wünscht er allen Anwesenden schöne Ferien und schließt die Sitzung.

Kenntnisnahme:

Der Magistrat beschließt, dass die in der Anlage einzeln aufgeführten Forderungen (Hauptforderungen = 25.067,64 €/ Nebenforderungen = 1.361,10 €) im Gesamtumfang von 26.428,74 € wegen Uneinbringlichkeit niedergeschlagen werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

**Hans-Georg L a n g
Stadtverordnetenvorsteher**

**Jürgen Breitenstein
Dipl.Verw. (FH)**